„Widmungsakt ohne rechtliche Grundlage“

Einstimmiger Beschluss | Umwidmung mittels Dringlichkeitsantrag beschlossen. Anrainer pochen auf Strategische Umweltprüfung.

Von Veronika Löwenstein

LANGENZERSDORF, BISAMBERG; KORNEUBURG | Mittels Dringlichkeitsantrag hievte VP-Bürgermeister Andreas Arbesser den Punkt diesen Montagabend auf die Tagesordnung des Gemeinderats: die Umwidmung von Bauland Sondergebiet-Kraftwerk auf Bauland Betriebsgebiet-Logistik, um das Postverteilerzentrum möglich zu machen. 65 Seiten hat der Bürgermeister verlesen, in denen das Projekt beschrieben wurde und sämtliche Bürgereinsprüche – vor allem wegen der drohenden Verkehrsbelastung – aufgelistet waren. Ohne großartige Diskussion wurde die Umwidmung einstimmig von allen Fraktionen beschlossen.

„Ein solcher Widmungsakt wäre komplett rechtswidrig“, hatte Rechtsanwalt Wolfgang List, der die betroffenen Familien Krapfenbauer und Etzelsdorfer vertritt, noch letzte Woche kundgetan. „Wir fordern die Einhaltung der Gesetze“, mahnte er die Verantwortung der Gemeinderäte ein. List ist sich sicher: Eine Umwidmung widerspricht nicht nur EU-Recht, sondern auch dem NÖ Raumordnungsgesetz. Dort sei klar festgelegt, dass eine Strategische Umweltprüfung durchzuführen (SUP) sei, wenn Europaschutzgebiet betroffen ist.

> „Wenn ein Europaschutzgebiet betroffen ist, dann ist eine SUP durchzuführen. Das ist Umweltrecht für Anfänger.“
> **Wolfgang List, Anwalt**

„Der Bisamberg ist seit 1998 Europaschutzgebiet“, betonte List. An einer SUP führe deshalb kein Weg vorbei, „das ist Umweltrecht für Anfänger“, schoss er in Richtung Arbesser, der im Zivilberuf ebenfalls Anwalt ist.

„Europaschutzgebiet? Der Bisamberg ist zwei Kilometer entfernt“, konterte der Angesprochene. Er verweist auf ein Screening durch Raumplaner und das Land NÖ. „Dabei ist herausgekommen, dass eine Strategische Umweltprüfung nicht notwendig ist“, gibt Arbesser das Ergebnis wieder. Man sei alles nach bestem Wissen und Gewissen mit dem Land NÖ als Aufsichtsbehörde durchgegangen. Schützenhilfe bekommt der Ortschef von der zuständigen Raumplanerin Esther Böhm vom Büro Dr. Paula: „Durch die Änderung der Widmung sind keine erheblichen Änderungen der potenziellen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten.“ Das Screening sei auch von der Umweltbehörde des Landes geprüft und bestätigt worden, unterstreicht sie.

Einer, der auch auf eine Umweltprüfung pocht, ist VP-Bürgermeister Günter Trettenhahn. Schließlich sind es vor allem seine Bürger, die entlang der B3 zu den Leidtragenden des steigenden Verkehrsaufkommens zählen. Ihm geht es um die Rechtssicherheit, wie er betont: „Wenn am Ende des Tages herauskommt, dass gebaut werden kann, dann ist das auch in Ordnung.“

Brigitte und Erich Etzelsdorfer ist eine Verkehrslösung zu wenig, sie wollen das komplette Projekt verhindern. Ein Kreisverkehr würde derartige Verkehrsdimension nicht bewältigen, ist Brigitte Etzelsdorfer überzeugt: „Ein Kreisverkehr wäre letztendlich nur ein Stauverkehr und bringt überhaupt nichts.“ Ulrike Schmidbauer, auch sie ist eine Anrainerin aus Bisamberg, wundert sich, dass nicht mehr Protest aus Langenzersdorf kommt: „Der Ortskern in Langenzersdorf wird wesentlich mehr belastet als jener in Bisamberg“, verweist sie auf den Ausweichverkehr, der die Autobahn meidet.

Kämpfen für eine Strategische Umweltprüfung und gegen das Postverteilerzentrum: Fiona List, Brigitte Etzelsdorfer, Rechtsanwalt Wolfgang List, Erich Etzelsdorfer, Renate Pemberger und Ulrike Schmidbauer (v.l.). *Foto: Löwenstein*

Auch das Argument, dass die Post 300 Arbeitsplätze in der Region schafft, wollen Anrainer und Bisamberger Politiker nicht gelten lassen. Die Bisamberger VP-Gemeinderätin Renate Knorr hat sich in Allhaming selbst ein Bild vom dortigen Postverteilerzentrum gemacht. „Das sind Billigarbeitsplätze. Aus Allhaming und Umgebung arbeitet niemand dort“, hat sie sich sagen lassen. Die Post distanziert sich vom Vorwurf des Arbeitskräftetourismus. In Langenzersdorf werde man ein Shuttleservice anbieten, verspricht Post-Sprecherin Kathrin Schrammel. „Für leichtere Erreichbarkeit ohne eigenen Pkw und im Sinne des Klimaschutzes“, wie sie ergänzt. Die Arbeitsplätze werden sowohl mit bestehenden als auch neuen Mitarbeitern besetzt.

List ist überzeugt, „dass die Umwidmung aufsichtsbehördlich nie durchgehen kann.“ Er will sich mit dem Anliegen an die EU-Kommission und die Volksanwaltschaft wenden. „Sollten alle Stricke reißen, dann gibt es ein brutales Bauverfahren.“ Auch den Verfassungsgerichtshof will man dann einschalten.